

gezogen. Es ist richtig, daß ich bei dieser Gelegenheit privat gesagt habe: „Da hätten wir ja beinahe eine Lanze für Hilferding einlegen müssen“, wobei übrigens Genosse Däumig mit mir einer Meinung war. Ich machte diese Äußerung, weil ich allerdings der Meinung bin, daß man Hilferding trotz der geistigen Verwandtschaft mit Kautsky doch nicht ohne weiteres in eine Linie mit ihm stellen kann. Dies ändert nichts an meiner sonstigen Stellungnahme zu Hilferding. Um darüber keinen Irrtum aufkommen zu lassen, erkläre ich, daß ich nach wie vor, und jetzt mehr denn je, den Tag herbeisehe, an dem die Berliner Parteigenossenschaft die Kraft findet, ihr Parteiorgan, die „Freiheit“, in andere Hände zu legen. Ich bin der letzte, der das Wissen von Hilferding nicht zu schätzen wüßte, aber das Wissen allein tut in revolutionären Epochen wahrlich nicht. Auch Kautsky, Cunow und andere verfügen ohne Zweifel über ein großes Wissen. Und über den unsere ganze Parteientwicklung so überaus lähmenden Einfluß Hilferdings wird noch besonders zu reden sein. Hilferding ist in unserer Partei in allen Fragen nie ein vorwärtstreibender, sondern stets ein hemmender Faktor gewesen.

Doch zurück zum Kongreß. Wenn Genosse Crispian in diesem Zusammenhang sagt, wir hätten in Moskau unsere Meinung völlig gewechselt und dabei sogar die ganz unangebrachte und deplazierbare Bemerkung macht, ihm sei es nicht gegeben, „je nach Bedarf“ alle acht Tage eine andere Meinung über ein und dieselbe Frage zu haben“, so erklären darauf Genosse Däumig und ich: Unsere Ansicht, daß unsere Partei vor dem Anschluß gereinigt und umgestellt werden müsse, verstärkte sich allerdings immer mehr, und wenn wir trotz des Beschlusses des Kongresses Hilferding zu nennen und die Zweidrittelbestimmung festzulegen, beide einmütig erklärten, mit aller Kraft für den Anschluß unserer Partei einzutreten, so deshalb, weil wir den Zusammenschluß des deutschen revolutionären Proletariats mit der dritten Internationale von weit höheren Gesichtspunkten aus betrachteten, weil wir aus welt- und innerpolitischen Gründen den Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale für so eminent wichtig und bedeutend halten, daß uns diese beiden Bestimmungen in unserem festen Willen, den Anschluß herbeizuführen, nicht hindern konnten.

Wenn sich nun Hilferding darüber entrüstet, daß verlangt wird, daß die Genossen und Delegierten des Parteitages, die sich grundsätzlich gegen die dritte Internationale aussprechen, ausgeschlossen werden sollen, so ist diese Entrüstung doch wahrhaftig nicht am Platze, denn wer grundsätzlich gegen die dritte Internationale ist, d. h. gegen die revolutionäre Diktatur, die Niederwerfung der Bourgeoisie mit allen Mitteln, hat allerdings nach unserer Ansicht keinen Raum mehr in unserer Partei. Es hat gar keinen Zweck, mit moralischen Selbsterleiden in dieser Frage zu lamentieren. Eine Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat, im revolutionären Kampf die deutsche Bourgeoisie niederzurufen, muß auch den Mut und die Kraft haben, in ihren eigenen Reihen rücksichtslos vorzugehen. Gerade die deutsche Arbeiterklasse hat doch an der alten sozialdemokratischen Partei zur Genüge erfahren, wohin sie führt, wenn man sich darauf beschränkt, jahrelang den aufkommenden Reformismus und Opportunismus nur mit Resolutionen zu bekämpfen. Wie oft wurde vor dem Kriege der Revisionismus und Opportunismus in der sozialdemokratischen Partei totgeschlagen, bis dann im August 1914 der jammervolle katastrophale Zusammenbruch der bis dahin so stolzen deutschen Partei eintrat. Weshalb? Weil die alte Partei nie die Kraft gefunden hatte, rücksichtslos mit den immer stärker werdenden opportunistischen Elementen aufzuräumen. Aus diesen traurigen Erfahrungen sollten wir lernen, zumal in der revolutionären Situation, in der wir stehen.

Das „Unannehmbar“ und das Wort vom „Selbstmord der Partei“ von Crispian ist übrigens erst auf deutschem Boden geboren worden. Bei den ganzen Verhandlungen und Beratungen, wie auch auf unserer ganzen Rückreise haben wir sowohl von Crispian wie von Dittmann nie dieses „Unannehmbar“ gehört. Bei der letzten entscheidenden Sitzung mit dem Exekutivkomitee äußerten Dittmann und Crispian sich nur in dem Sinne, daß durch die verschärften Bedingungen der Anschluß erschwert worden sei. Es ist ganz falsch, wenn der Genosse Crispian behauptet: „Vergeblich bemühte sich Genosse Dittmann und ich, den kommunistischen Genossen klar

zu machen, daß sie Unmögliches fordern.“ Dieses „Unmöglich“ haben Däumig und ich zum ersten Male in der „Freiheit“ in dem Artikel von Crispian gefunden. Die meines Erachtens nochmalige geistige Umstellung unserer Partei sei in einem Schlagwort behandelt.

Schwenkung der Rechtssozialisten Für Neuwahlen und Sturz der Regierung

Der „Vorwärts“ unterläßt in seiner Berichterstattung über die gestrigen Versammlungen der S. P. D. die Wiedergabe des sonstigen Inhalts des Referats von Erwin Barth. Er gibt aber aus der Rede Heilmann einige interessante Stellen wieder. Heilmann erklärte:

„Die Regierung hat vollständig versagt. Es ist notwendig, daß das deutsche Volk bald zu Neuwahlen ausgerufen wird, die hoffentlich so ausfallen werden, daß die Sozialdemokraten ihre Plätze in der Regierung wieder einnehmen können. Hoffentlich wird unser Parteitag die Parole ausgeben, daß die Sozialdemokratie keinen Finger rühren darf, um die Regierung Lehrenbach-Simons im Amte zu halten; unsere Partei muß vielmehr alles tun, um diese Regierung zu räumen.“

Während die Rechtssozialisten die Regierung bisher unterstützt haben, wird ihr Bestreben, in die Regierung wieder einzutreten und die alte Politik fortzusetzen, immer deutlicher. Die Äußerungen Heilmanns sind ein Symptom dafür.

Die Presse zur Sühne für Breslau

Die französischen Sühneforderungen für die Ausschreitungen nationalsozialistischer Suben in Breslau findet in der Presse ein widerprüchliches Echo. Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß er niemals die schwere Schuld der französischen Militaristen verschwiegen habe, die durch ihre Parteilichkeit den Anlaß zu den blutigen Ereignissen in Oberschlesien und damit im Zusammenhang zu den Breslauer Vorgängen gegeben haben. Trotz dieser Vorbehalte erklärt das Blatt:

„Das soll uns aber nicht hindern, ausdrücklich zu betonen, daß wir in den französischen Forderungen nichts zu Unbilliges erblicken vermögen. Und wir wenden uns schon jetzt entschlossen gegen den zu erwartenden Proteststurm der alldeutschen Presse. Jene Kreise, die eine schwere Mitschuld an den skandalösen Ausschreitungen haben, bezweigen sich Deutschland jetzt demütigen muß, haben nur das Recht, zu schweigen.“

Kur über das Verlangen nach Bestrafung des Hauptmanns v. Arnim halten wir noch mit unserem Urteil zurück, bis wir Näheres über diesen Herrn und seine Rolle erfahren haben werden.“

Zu der Angelegenheit Oberleutnants Arnim schreibt die „Berliner Volkszeitung“:

„Die französische Regierung hat in ihrer Note die Breslauer Vorgänge mit dem von ihr als noch nicht erledigt angesehenen Flaggenschand auf der Berliner französischen Botschaft verknüpft. Sie sieht hier Zusammenhänge, die sicher nicht vorhanden sind. Aber da sie glaubt, daß die Genugtuung durch die Reichswehr seinerzeit durch das Verhalten der Sühnekompanie illusorisch gemacht worden ist, so wiederholt sie die Forderung auf eine gleiche Sühne in Breslau. Sie verlangt aber nicht nur eine Ehrenbeugung gegenüber der Tricolore in Breslau, sondern darüber hinaus fordert sie die disziplinarische Bestrafung des Oberleutnants v. Arnim, der seinerzeit nicht zu verhalten vermochte, daß die Kompanie beim Abmarsch von der französischen Botschaft „Deutschland, Deutschland über alles“ sang. Wir haben damals keinen Zweifel darüber gelassen, wie wir zu dem Verlangen der Franzosen stehen, aber es ist selbstverständlich, daß, wenn eine Genugtuung gewährt wird, sie in absolut zweifelsfreier und in jeder Hinsicht korrekter Weise zu gewähren ist.“

Das Blatt führt weiter aus, es gäbe Dinge im internationalen Verkehr, die man sofort zu tun habe, und es sei nicht erbebend, daß wir an Selbstverständlichkeiten gemahnt werden müßten. Zu diesen Selbstverständlichkeiten, müßten wir hinzufügen, hätte die Entlassung des Oberleutnants v. Arnim gehört, die sofort hätte erfolgen müssen. Es ist wirklich nicht „erbebend“ für das deutsche Volk, daß es immer wieder zusehen muß, wie die Schonung der Militaristen in Deutschland stets zu neuen Verwicklungen führt, für die regelmäßig das Volk die Kosten zu tragen hat.

Die Volkszeitung erinnert ferner daran, daß Clemenceau seinerzeit bei dem Ueberfall auf Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in Paris sofort einen Entschuldigungsbrief geschrieben und die verantwortlichen Beamten

umgehend zur Rechenschaft gezogen habe. Von Pöbelstaken könne man nicht schnell genug abrufen.

Die „Germania“, das Blatt des Reichskanzlers Fehrenbach, sollte sich diese Mahnungen eines Blattes, das ebenfalls der Regierung nahesteht, zur Kenntnis nehmen. Das Blatt redet von einer „schweren Demütigung“ des deutschen Volkes, vergißt aber, daß es regelmäßig die Regierung ist, die diese Demütigungen herausbekommt, indem sie es verläumt, rechtzeitig unabweisende und entscheidende Schritte zur Zurückweisung des Pöbels und seiner nationalistischen und militaristischen Führer zu tun.

Deutsche Entschuldigung in Warschau

II. Warschau, 1. September.

In Vertretung des deutschen Geschäftsträgers sprach Votschastai von Dirksen der polnischen Regierung gestern das Gedächtnis der deutschen Regierung über die Breslauer Vorfälle aus. Die polnische Regierung hat die polnische Gesandtschaft in Berlin beauftragt, sich mit der deutschen Regierung wegen der Entschuldigung für die Zerstörung des polnischen Konsulats ins Einvernehmen zu setzen.

Übermals eine Lockspitzelüge

Vor einiger Zeit wurde in der reaktionären Presse von der Bildung einer großen „Roten Armee“ in Hamburg berichtet und zwar so, daß sich die Reichsregierung den Verbreiter der Mitteltungen, einen Hamburger deutschnationalen Journalisten namens Holz, zur Berichterstattung nach Berlin kommen ließ. Es wurde damals sofort darauf hingewiesen, daß dies völlig überflüssig sei, weil die Klarmeldungen nach dem üblichen Schema der reaktionären Spitzel-fabriken ausgehen waren. Rummocher teilt die mit der Untersuchung der Angelegenheit betraute Hamburger Polizeibehörde unteren Parteiorgan, der „Hamburger Volks-Zeitung“ mit, daß die Untersuchung abgeschlossen und die Akten der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Bearbeitung übergeben worden seien. Sie bemerkt dazu:

„Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Tatsachen stark übertrieben worden sind, so daß nicht der geringste Anlaß zur Verurteilung vorliegt.“

Diese sehr vorsichtig formulierte Erklärung der Eigenhaftigkeit der ganzen bolschewistischen Kriegsberichte erweist abermals den Tiefstand der reaktionären Presse, die sich nicht scheut, jeden Angriff gegen die Arbeiterbewegung ihre Spalten kritikal zu öffnen, um politische Geschäfte zu machen. Den Fluch der Lächerlichkeit fürchten die Leute nicht, wahrheitsgemäß, weil sie jedes Gefühl für politische Realität verloren haben.

Notstandsarbeiten in Sachsen

Wie die „Dresdener Volkszeitung“ erfährt, hat die sächsische Regierung Maßnahmen in Aussicht gestellt, um die Notlage, in der sich die sächsische Industrie infolge der allgemeinen Störung befindet, zu mildern. Wenn irgend möglich, sollen Notstandsarbeiten für die sächsische Industrie vergeben werden. Zu diesem Zweck hat die sächsische Regierung sich mit den maßgebenden Fachverbänden der Textilindustrie in Verbindung gesetzt. Die Handelskammer hat das sächsische Ministerium ersucht, dahin zu wirken, daß durch die Beschaffung von Stellen des Reichs und der Länder die Aufträge zur Bedienung des Bedarfs an Stoffen für Post- und Eisenbahnbeamte, sowie für das Militär sofort und zwar nicht nur für das laufende Jahr, sondern darüber hinaus auch für das Jahr 1921 zur Vergabe gebracht werden. Die sächsische Regierung hat diesem Ersuchen entsprochen, und die maßgebenden Stellen haben zugestimmt, den genannten Antrag nach Möglichkeit nachzukommen.

Das Schlachtfeld der Arbeit

Im Jahre 1919 wurden nach den vorläufigen Feststellungen 574 840 Betriebsunfälle angemeldet, von denen 10 602 entschädigungspflichtig waren. Im Jahre 1918 sind 667 277 und 1917 sogar 684 151 Betriebsunfälle gemeldet worden, die zu entschädigten waren. 1918 ereigneten sich 11 099 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 1917 11 620. Im Jahre 1918 betrug die Zahl der Unfallrentner insgesamt 422 488 bei den gewerblichen und 223 526 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Außerdem wurden 1918 an 195 858 Hinterbliebenen Renten gezahlt. Eine traurige Statistik, besonders wenn den Opfern nur unzureichende Entschädigungen gezahlt werden.

Professor Dr. Wilhelm Wundt, der bekannte Philosoph und Psychologe an der Universität Leipzig, ist gestern Nachmittag im 69. Lebensjahre gestorben.

Der Schimmer im Abgrund

Im Rhein-Verlag, Basel, erscheint demnächst ein großes französisches Dichters Henri Barbusse erstes programmatisch-politisches Werk „Der Schimmer im Abgrund“, das wie ein neues großes solches „Jocunde“ Frankreichs und Europas heutige Politik vertritt. Die deutsche Uebersetzung ist von Zwan Goll. Wir geben hieraus folgende Abschnitte:

Was die Vernunft besiegt.

Dies sind die Hauptprinzipien der Vernunft gegenüber jenem todgezeichneten System, das, um sich noch halten zu können, die Ungleichheit unter die Menschen ist und brutal Nationen und Menschheit ins Verderben führt.

Die neue Ordnung ist nichts als das Bild des gesunden Menschenverstandes, den jeder Mensch wie eine Lampe in sich trägt. Sie und das Allgemeinwohl passen zusammen wie Licht und Sonne. Sie entspricht den ewigen Geboten der Moral: denn diese ist gleichsam die Geometrie des Allgemeinwohls und das Gewissen ist der göttliche Spiegel, in dem jeder die anderen sieht.

Die neue Ordnung wird das Ende der Leiden bedeuten, die die Menschheit zerschneiden, seitdem sie die Sklaverei rücksichtslos parvenus ist, will sagen: seit immer! Würde eine andere Weltordnung auch eine gleiche Wiedergeburt bringen? Seitdem menschlicher Geist am Selbsten Rache nimmt, indem er das Verdorbene vorbereitet, hat jedes soziale Ideal der Denker sich mehr oder weniger sprunghaft oft, in Blitzen nach diesem hin geneigt. Ein anderes gibt es nicht. Es gibt nicht zwei Vernunft, und man denkt vernünftig, wenn man recht denkt.

Eine Doktrin, die sich auf Logik, Wissenschaft, Reinheit, den Wert des Lebens und das Zusammenspiel aller Existenzmöglichkeiten stützt, beweist offenbar, daß sie sich allem zum Trotz einmal durchsetzen muß.

Die Fanatiker eines veralteten Dogmatismus behaupten, wir hätten einen Glauben ohne Ideal, denn für sie ist Ideal ein übernatürliches vergoldetes Ding. Irrtum! Die reine Doktrin, die die Weltregeln von vorne bis hinten mitten im blühenden Wust der Ungerechtigkeit erneuert, die ist wahrhaft ein höches ideales Unterfangen. Sie bedeutet die göttliche Revolte des menschlichen Geistes, der aus sich heraus das Böse verwirft und das Fortgeschrittene befreit. Sie ist die klare Befreiung menschlicher Größe. Kein Evangelium kann reiner sein als der offene Flügel der Vernunft. Kein Glaube tiefer und befeuchtender als der an den Menschen, der des einzelnen Glück offen vermitteln will, und das Leben dem Lebendigen widmet. Laßt den Zweifel und sucht dort jugendliche Allmacht und den Born des Desseins.

Unsere Doktrin ist revolutionär, weil sie wissend ist. An dem unerschütterlichen Zweifelpaß zwischen Wirklichkeit und Wahrscheinlichkeit trägt allein die erste die Schuld. Die Zivilisation ist denen zur Feindin geworden, die am hartnäckigsten sich an sie klammern, und keine Dichtung erschreckt die Nachbarn so sehr als diese: „Gebt acht auf den gesunden Menschenverstand: wenn der einmal durchbricht!“ Was ist die größere Utopie: unverwirklichte Vernunft

oder verwirklichte Verzerrung? Das Logische ist zu verwirklichen: also ist es nicht utopisch. Und das bleibt gewiß: das Logische wird wahr werden, nichts anderes!

Zwei Aspekte der Unwissenheit: Die Anbetung des Ueberlebens. Der Haß gegen das Neuartige.

Wir wissen wohl, daß die soziale Wahrheit ihre eigene Größe gegen sich hat; und die Schranke, die sie zu überwinden hat, ist weniger die grobhartige, bevorstehende Veränderung (denn der Mensch erreicht doch alles, was er will), als die ungeheuer niederdrückende Dummheit der Menschen.

Wenn die auf der Allgewalt der Menge sich stützenden, verhängnisvollen und tödlichen Theorien nur langsam einschwinden (aber sie schwinden unweigerlich hin, und ihre Vorherrschafft ist nur vorübergehend: vielleicht erzählt sie das Ende, bevor des Unglückes Raub voll würde), so liegt der Grund nicht nur darin, daß sie über Geld und Macht verfügen, sondern weil die meisten Menschen gar nicht wissen, was ihr Bestes ist. Diese Unwissenheit aber ist eine Folge des Klassenkampfes und des schrecklichen Sieges der Besitzenden, den sie andauernd zu unterhalten wissen.

Die Ignoranz, der hartnäckige, vergewaltigte Widerstand der menschlichen Herde gegen den Wechsel, die instinktive Feindseligkeit gegen jede neue Idee, das Martyrium aller großen Männer, Künstler, Gelehrten und Neuerer bezeugen es. Die Mittelstufen, die in unserem Zeitalter des militärischen, regellosen und ungesunden Unterrichts und geistiger Verblödung die Oberhand haben, lassen alles Neue und Leben auf das Bestehende ein taubes und stammes und blindes Vertrauen. Unsere Generation hat ewig unter dem Druck dieser trostlosen und peinigenden Tendenz gelebt: „Krieg war immer und wird es immer geben.“

Die durch Jahrtausende der Knechtschaft hindurch gezüchtete Angst vor allem Neuartigen wird von der selbst herrschenden Minorität ausgiebig ausgebeutet. Man hat aus dieser Angst ein Dogma gemacht, und ihr gegenüber den Tatsachen einen Schein unabweisbarer Heiligkeit verliehen. Das trug Früchte ein. In der heutigen Welt erstreckt uns die Trambition, deren Sinn es ist, mittels Unterdrückungen, die eine ernsthafte, christliche Vernunft nie zulassen dürfte, Tatsachen in Normen umzuwandeln. Sie macht aus einem Wort wie „Staatsgewalt“, dem aller Sinn längst entzogen wurde, einen anbetenden Götzen! Daß demjenigen, der bezieht, zu gehorchen ist, ist für viele ein genügendes Axiom. „Es ist so hergebracht!“ diese ärmlische und tödliche Formel, die vor allem auf Grundregeln angewendet wird, fällt die Doctre der Gehirne aus. Das Wort „Ordnung“, wie es die Regierenden gebrauchen und schämen, ist das Gegenteil aller wahren geordneten Verhältnisse und erzeugt vielmehr Anarchie und Anarchie.

Unsere Gegner behaupten: „Wir sind keine Realisten, da ihr von der sichtbaren Wirklichkeit nichts haltet.“ Aus welchem Grunde muß aber die Wirklichkeit an sich so angebetet werden? Soll ihre lange Dauer beweisen, daß sie andere als negative Kräfte, wie Latenzhaftigkeit und allgemeine Schläppheit, hervorgebracht hat? Vor der Abschaffung der antiken Sklaverei, der Leibeigenschaft, der

Tortur, der unerhörten Korrekte der Großen und dem unendlichen Absolutismus der Könige wurden diese ungeheuren Mißbräuche als tatsächliche Wirklichkeiten und Notwendigkeiten angesehen. Der Ueberlebensgeist hat jahrhundertlang unangesehen die Herrschaft des Wahnsinns und der Nichtswürdigkeit unterhalten und tut es jetzt noch unter dem Kapitalismus, der die über Recht und Kraft triumphierende Schwäche darstellt. Und selbst wenn Tradition mit Wahrheitsgeist sich deckte, dürfte sie nicht unkontrolliert zugelassen sein. Plato sagt: „Es gibt nicht eine Wahrheit für die Theorie und eine andere Wahrheit für die Praxis.“

Mut zur Wahrheit!

Wir müssen den Mut zur Wahrheit haben, den Mut, zu verbrennen, was wir gestern anbeteten. Dafür haben wir das Denkvermögen. Wir dürfen uns nicht mehr vor Feilschen beugen.

Die ganze Weltgeschichte hindurch flatterten die Nationalflaggen mit ihren verschiedenen, lächerlichen bunten Streifen über den Nordmeeren, den Leihengenerationen, über unendlichen Zerstörungen und Massengräbern. Sie waren Symbole des Vaterlandsgebanfens, nicht in seiner reinen, kindlichen Urform — denn diese braucht keine Aushängeschilder — sondern als aggressives, gefährliches Element. Ihnen zuliebe durfte die Partei der sich zersetzenden, heillosen miteinander konkurrierenden Nationalherrschern, nicht nur ungestraft, sondern hochgerühmt weiterleben. Sie sind die in die Augen stehenden Eitelkeiten, die den gesunden Menschenverstand blenden und die Herden überzeugen sollen, daß sie geschaffen sind, um einander auszurotten. Die goldenen Inschriften, die die Sklavensklaven mit Berechnung auswendig lernen mußten, sind die Namen der großen Menschenschlächtereien; durch sie werden Raub, Mord und Dirndigung geheiligt, sie sind die niederen Götzen. Ein guter, ein gesunder, ein vernünftiger Mensch darf die Fahne nicht grüßen.

Aber die rote Fahne, über die die Polizeimitre und die Spitzel herfallen, die bedeutet die organisierte Brüderlichkeit der Menschen und den Haß des Hasses. Alle toten Fahnen, die die Welt, eins nach dem andern, halb hissen werden, wenn sie aus Welterleben denken sind einander ähnlich, wie alle Völker und alle Menschen sich ähnlich sehen. Es gibt unzählige bunte Fahnen, wie es zahllose Geschlechtsformen gibt. Aber es gibt nur eine rote Fahne, wie es nur eine Art Menschenblut, nur eine Gerechtigkeit und eine Wahrheit gibt.

Im Friedrich-Wilhelms-Theater hat man mit „Bar“ schnell verpöchtelt und versucht nun das Glück mit einem ungarischen „Lustspiel“ von Emerich Földes „Der blonde Traum“. Wir hoffen, daß diese schwachhaft langgedehnte Leutnantsleiberei (mit Telephon und Badenpauze) bald vom Spielplan verschwindet, um nach dem Abkommen mit der Volksbühne endlich würdigere Aufführungen für die Arbeiterklasse Platz zu machen. Die Damen Schibert und Kautsky, sowie die Herren Wollendorf, Deppner und Heilmann dürfen sich dann in besseren Aufgaden nicht schlechter als gestern bewähren.

Der Geldbeutel der Agrarier

Zurückhaltung der Viehlieferungen

Eine Eingabe des Magistrats Berlin

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages wird sich in seiner Tagung in der nächsten Woche erneut mit der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch beschäftigen. Er hat es bekanntlich in seinem letzten Bericht von der Schaffung einer Brotgetreideernte von zwei Millionen Tonnen abhängig gemacht.

Trotzdem ist der Beschluss, wie die unabhängigen Vertreter im Ausschuss richtig vorausgesagt haben, von den Landwirten zu einer weiteren Zurückhaltung der Viehlieferung benutzt worden. In einer Eingabe an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss weist der Magistrat von Berlin darauf hin, daß in den letzten Wochen der Auftrieb des für Groß-Berlin bestimmten Schlachtochters in Höhe ansehnlicher Weise zurückgegangen ist. Es heißt dann weiter in dieser Eingabe:

In der letzten Woche sind nur noch 300 Rinder, 200 Kälber, 200 Schweine und 150 Schafe geliefert worden. Nach der Zusage des Landesfleischamtes sollten uns zwei Drittel unseres Fleischbedarfs in Schlachtochtfleisch geliefert werden. Durch den letzten Umlageplan ist diese Menge auf ein Drittel herabgesetzt worden, d. h. rund 707 000 Pfund, während das in der letzten Woche gelieferte Schlachtochtfleisch im ganzen nur eine Ausbeute von rund 202 000 Pfund Fleisch ergibt. Hieraus müssen zunächst noch die Krankenanstalten vorzugsweise verzehrt werden, so daß wir der Allgemeinheit frisches Fleisch überhaupt kaum noch zuführen können. Wir müssen statt dessen Geiriesfleisch ausgeben, das aber in keiner Weise als vollständiger Ersatz anzusehen ist und dessen dauernde Ausgabe eine gesundheitliche Schädigung unserer Bevölkerung befürchten läßt. Das Verhalten der Landwirte, die offenbar jetzt das Vieh zurückhalten, weil sie sich von der bevorstehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft ein bedeutendes Höhergehen der Preise versprechen, gibt der Annahme Raum, daß der minderbemittelte Teil unserer Bevölkerung nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft überhaupt des Anteils an frischem Fleisch beraubt sein wird.

Voraussetzung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft war die Sicherstellung von zwei Millionen Tonnen Getreide seitens der Reichsgetreidestelle. Diese Voraussetzung ist nicht im entferntesten erfüllt. Es besteht also für einen großen Teil unserer Bevölkerung die sehr ernste Gefahr, daß sie, wenn die Zwangswirtschaft tatsächlich aufgehoben wird, weder frisches Fleisch noch genügend Brotgetreide erhält. Die Folgen, die hieraus entstehen könnten, sind gar nicht abzusehen. Wir halten es daher für unsere Pflicht, nochmals vor überreichten Schritten zu warnen. Wir bitten dringend, dem Beschluss wegen Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht weiter Folge zu geben, einmal weil die Voraussetzung wegen des Getreidevorrats nicht erfüllt ist, und dann weil das jetzige Verhalten der Lieferungspflichtigen auf die Aussicht einer großen Preissteigerung schließen läßt.

Ueber die Wirkungen der Freigabe von Fleisch äußerte sich der bayerische Bauernführer Dr. Heim folgendermaßen:

Am 1. Oktober erfolgt nun die Freigabe des Viehs. Es wird schon jetzt mit der Viehabgabe zurückgehalten. Teilweise wird da gewisse Interessepolitik getrieben. Bis 1. Oktober werden die Viehpreise enorm in die Höhe gehen. Die Bauern mögen sich durch diese Konjunktur ja nicht locken lassen und etwa ihre Ställe räumen. 800 000 Stck Großvieh und 150 000 Pferde sollen an die Entente geliefert werden. Bei der vollkommen freien Viehwirtschaft ab 1. Oktober wird für Bayern eine katastrophale Lage eintreten: nämlich durch die freie Viehabgabe aus Bayern. Die Gefahr besteht in einer gewaltigen Umwandlung von Schlachtochtfleisch und Arbeitsvieh aus Bayern nach Nordsee, da Bayern nicht die Kaufkraft wie der Norden hat. Bayern wird im nächsten Frühjahr kaum noch Arbeitsvieh haben. Entweder gehen wir dann der Anarchie oder einer neuen Zwangswirtschaft entgegen.

Wenn auch Heim sich ausschließlich von den besonderen Interessen der bayerischen Landwirtschaft leiten läßt, so ist doch seine Feststellung, daß die Viehpreise enorm in die Höhe gehen werden, durchaus zutreffend. Aber das ist ja gerade der Wille der Agrarier, deren Stellungnahme nicht von den Interessen auf die Allgemeinheit, sondern von der Rücksicht auf ihren eigenen Geldbeutel geleitet wird.

Der Betriebsrätekongress

Der Genosse Heinrich Maljahn verweist an die Parteipresse einen Artikel über den Reichsbetriebsrätekongress des A. D. G. B., in dem er kritisch zu dem Wahlverfahren für den Kongress Stellung nimmt. Maljahn macht darauf aufmerksam, daß das Wahlreglement die Wahlen der Delegierten zum Betriebsrätekongress den einzelnen Verbänden und Verbandsvorständen überläßt, während die Richtlinien des A. D. G. B. eine Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriegruppen vorsehen. Er erörtert darin nicht mit Unrecht eine Inkonsistenz, für die auch wir keinen Grund zu erkennen vermögen. Ferner findet Maljahn einen Mangel in der Zusammenfassung des Kongresses darin, daß nur die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten am Kongress beteiligt sein sollen. Maljahn tritt ein für einen Kongress aller Betriebsräte, auch derjenigen, die nicht den freien Gewerkschaften angehörend sind. Von einem solchen Kongress wäre nach der Ansicht Maljahns eine machtvolle programmatische Rundschau der gesamten wertvollen Klasse in sozialistisch-revolutionärer Richtung zu erwarten.

Dieser Auffassung beizustimmen, fällt uns schwer. Nach den Erfahrungen, die erst jüngst zum Beispiel mit dem Verhalten des Allgemeinen deutschen Eisenbahnerverbandes zum Hauptbetriebsrat der Eisenbahnen in der Frage der Transportkontrolle gemacht wurden, haben wir doch sehr starke Bedenken gegen die Erprobung eines Zusammenarbeitens mit diesen Gruppen. Außerdem glauben wir auch nicht, daß wie Maljahn es ausdrückt, durch die Bestimmung des Kongresses auf die freigewerkschaftlichen Betriebsräte Millionen der wertvollen Klasse das Recht der Vertretung „genommen“ wird. Die Millionen dürften doch wohl in den freien Gewerkschaften ihre Vertretung finden. Für eine ausreichende Vertretung der unterschiedlichen Richtungen innerhalb der freien Gewerkschaften zu sorgen, ist natürlich eine außerordentlich wichtige Aufgabe, die die Arbeiter selbst bei den Wahlen zu lösen haben.

Maljahn wendet sich weiter dagegen, daß einzelne Verbände bei der Wahl der ihnen bewilligten Delegierten sehr benachteiligt werden. Er führt an, daß der Landarbeiterverband mit 700 000 Mitgliedern 200 Delegierte bekommen soll, während sich der Metallarbeiterverband bei 1 700 000 Mitgliedern mit nur 190 Delegierten begnügen muß. Ähnliche Mißverhältnisse sind auch zwischen anderen Organisationen vorhanden. Diese Unterschiede erscheinen auch uns recht erheblich und in dieser Größe durchaus nicht gerechtfertigt.

Maljahn stellt dann dem Kongress einige Aufgaben, die er in folgenden Darlegungen zusammenfaßt:

„Der Betriebsrätekongress muß sich für souverän erklären. Nach dem Eintritt in die Tagung hat er sich aus seiner Mitte die Geschäftsleitung selbst zu wählen. Aufgabe des Kongresses muß es sein, neben der Erlebung anderer wichtiger Fragen einheitliche Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der Betriebsräteorganisation Deutschlands zu schaffen. Ferner muß ein grundsätzliches Arbeitsprogramm für die Betriebsräte auf diesem Kongress festgelegt werden. Dazu wird es notwendig sein, daß die Fraktionen schon vor der Tagung des Kongresses zur Beratung in Berlin zusammenzutreten und ihrerseits mit bestimmten Richtlinien und mit einem Arbeitsprogramm auf dem Reichskongress erscheinen. Angesichts der Wichtigkeit der Beschlüsse des Kongresses für die fernere Entwicklung der Betriebsbewegung in Deutschland und für die soziale Revolution ist es notwendig, daß sich alle wirklich sozialistisch-revolutionären Delegierten zu einmütigem Handeln zusammenschließen.“

Maljahn fordert hierbei ein Zusammengehen zwischen den Vertretern der A. D. G. B. und A. P. D.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht den auch bei uns abgedruckten Aufruf des Zentralkomitees und des Beirates unserer Partei, worin diese Körperschaften die Parteigenossen zur Beteiligung am Kongress und zum Eintreten für eine selbständige Betriebsräteorganisation auffordern. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Der Erfolg „unter Verständigung mit den Gewerkschaften über ein einheitliches Zusammenwirken“ kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die selbständige Betriebsräteorganisation über den Gewerkschaften und über der Partei stehen will.“

Wo steht denn in unserem Aktionsprogramm, daß sich die Partei für eine selbständige Betriebsräteorganisation ausgesprochen hat? Bisher hat sich noch kein Parteitag für eine selbständige Betriebsräteorganisation, die über Partei und Gewerkschaften stehen soll, erklärt. Diese Organisationsform der Betriebsräte ist vielmehr in der Partei stark umstritten. Bekanntlich haben große Gewerkschaftsorganisationen wie der Metallarbeiterverband, dessen Zeitung seit auf dem Boden unserer Partei steht, die selbständige Betriebsräteorganisation abgelehnt, ebenso die A. P. In Leipzig haben die Betriebsräte unter der Führung des Gewerkschaftsleiters (das von U. S. P. Genossen geleitet wird) der selbständigen Betriebsräteorganisation in Halle die Beiträge gesperrt, weil die großen Töne dieser Zentrale im ungeliebten Verhältnis zu ihren Taten standen.

Wenn daher jetzt in einem Aufruf des Zentralkomitees und des Beirates die Partei ohne weiteres für die selbständige Betriebsräteorganisation festgelegt werden soll, so muß dagegen mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Mit diesem Versuch haben sich Zentralkomitee und Beirat Rechte an, die nur dem Parteitag zustehen; er allein hat die Stellung der Partei zu dieser oder jener Organisationsform zu entscheiden. Im Interesse der Partei muß verlangt werden, daß die Mitglieder des Zentralkomitees und des Beirates ihre persönlichen Wünsche von den Beschlüssen des Parteitages auseinanderhalten, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, daß sie ihre Rechte mißbrauchen. Oder wollten die Insanzen eine Probe davon geben, wie sie die Diktatur in der Partei zu handhaben gedenken? Sollen die Parteimitglieder und die Gewerkschaftsorganisationen nichts mehr zu sagen und nur nach der Weise einiger Freunde der selbständigen Betriebsräteorganisation zu tanzen haben? Soweit sind wir doch wohl noch nicht!“

Weiter wendet sich die „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Forderung des erwähnten Aufrufes, daß die Wahlen in den Volkerversammlungen der Industriegruppen erfolgen sollten. Das wäre eine indirekte Wahl, die bisher in der Arbeiterbewegung stets aufs schärfste bekämpft worden ist. Unser Leipziger Organ übersieht hier, daß der Aufruf demängelt, daß die Wahlen „nicht in den Volkerversammlungen oder in den Versammlungen der Industriegruppen“ erfolgen soll, was also die Möglichkeit ins Auge faßt, Arbeiter in den Mitgliederversammlungen der Industriegruppen vorzunehmen. Kritisiert wird in dem Aufruf nur, daß das System der Gliederung der Betriebsräteorganisationen nach Industriegruppen bei diesen Wahlen fallen gelassen werden soll. Diese Kritik erscheint uns durchaus berechtigt, wie wir schon oben sagten, und wir müßten auch nicht, welche Bedenken wir gegen eine indirekte Wahl durch die Volkerversammlungen der von den freien Gewerkschaften organisierten Betriebsräte haben sollten.

Wichtig ist indes vor allem, daß sowohl der genannte Aufruf, wie der Genosse Maljahn in seinem Artikel und die „Leipziger Volkszeitung“ für eine Beteiligung am Kongress eintreten. Der Kongress selbst wird dann die beste Gelegenheit zur Aussprache über diese Meinungsverschiedenheiten bieten und zur Klärung der Verhältnisse über ein von allen anerkanntes System für die zukünftigen Fälle herbeiführen. Wir fordern daher die Berliner Arbeiterklasse auf, den bevorstehenden Wahlen das größte Interesse entgegenzubringen.

Die Demission des spanischen Kabinetts. Das spanische Kabinetts-Dato ist zurückgetreten. Am Abend vor der Demission des Kabinetts fand ein Ministerrat statt. Der Präsident setzte seinen Kollegen die politische Lage auseinander, worauf diese, um die Lösung der Ministerkrise zu erleichtern, ihre Demission einreichten. Nach der Ministerkrise begab sich Dato in den Königspalast, um dem König über die Demission des Kabinetts zu berichten.

Die Friedensverhandlungen in Minsk

Neue Instruktionen

Paris, 11. August.

Ein Moskauer Funkpruch teilt mit, daß Donatschewski, der Führer der russischen Abordnung in Minsk, sich nach Moskau begeben hat, um sich von seiner Regierung Instruktionen wegen der polnischen Gegenvorschläge zu den russischen Friedensverhandlungen zu holen. Während seiner Abwesenheit wird Smerski über die Frage der Verlegung der Friedensverhandlungen an einen anderen Ort unterhandeln.

Baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen

U. S. Warschau, 11. August.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse trat der Vorkämpfer der Friedensabdelation Domski den Gerüchten entgegen, die von einem Abbruch der Minsker Verhandlungen reden. Domski erklärt, daß es sich nur um eine durch die Umstände bedingte zeitliche Unterbrechung handle und daß die Einzelheiten der Fortsetzung der Verhandlungen Gegenstand der anschließenden Beratungen in Minsk und Warschau seien.

Wie aus unrichtiger Quelle verlautet, sündel kurzlich zwischen der polnischen und der Sowjetregierung ein Gebanensaustausch statt über die Erweiterung der polnisch-russischen Verhandlungen zu einer Konferenz sämtlicher Nachbarstaaten, deren Unabhängigkeit die Sowjetregierung anerkannt hat. Aus diesem Grunde dürften bis zur Wiederaufnahme der polnisch-russischen Verhandlungen nach einige Tage vergehen. Alle Weisungen über Ort und Zeitpunkt der neuen Verhandlungen sind daher auch als zumindestens vorläufig anzusehen.

Polens Appetit wächst

Rotterdam, 1. September.

Die Neuherungen des Marschalls Pilsudski in Warschau haben dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge in London einen unangenehmen Eindruck gemacht. Den Blättern zufolge liegen in amtlichen Kreisen außer dem Bericht über Pilsudskis Neuherungen noch andere Anzeichen vor, die darauf hindeuten, daß die polnischen Militärs nicht geneigt sind, dem nachdrücklichsten Rat der Alliierten, daß die in Versailles festgesetzte Grenze nicht überschritten werden soll, nachzugeben.

M. Paris, 1. September.

„Welt Parisien“ veröffentlicht einen Artikel, den der bekannte Oberst D'Anse gestern an amerikanische Blätter geschickt hat. In diesem Artikel kommt D'Anse zu der Schlusfolgerung, daß es mehr als je erwünscht ist, daß die Alliierten zusammenwirken und eine feste politische Richtlinie festlegen. Polen, das nie mit dem Frieden von Versailles einverstanden war, wird alles mögliche tun, um Vorteile für sich herauszuschlagen und den Sieg auszunutzen. Das bolschewistische Russland ist aber noch nicht besiegelt, denn solange Lenin und Trozki Führer sind, werden immer neue Heere geschaffen und der Konflikt stets von neuem wieder aufgenommen werden. Die Neuherung von französischen Regierungsvorstellungen, daß, falls die Sowjetregierung dem russischen Volke das Recht gebe, sich frei in allgemeinen Wahlen zu äußern, Frankreich bereit wäre, das Ergebnis dieser Wahlen, gleichviel, welche Regierung dadurch aus Ruder läme, zu genehmigen, enthält die richtige Lösung.

Konflikt zwischen Polen und Litauen

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Kowno, 31. August.

Swalki ist nach Kämpfen von den Polen besetzt. Die litauische Neutralität ist gefährdet. Es besteht ein Konflikt zwischen Polen und Litauen. Die Litauer haben in einer Note an die Entente gedroht, daß sie sich alles vorbehalten müssen. Bei weiterem Vorgehen der Polen. Die russische Offensiv steht von Grodno aus für die nächsten Tage bevor. Melzob hofft, daß es gelinge, den polnischen Korridor erneut abzuschnellen.

U. S. Kowno, 1. September.

Zwei polnische Divisionen haben die litauische Grenze überschritten und nach blutigen Kämpfen mit kleineren litauischen Abteilungen Swalki besetzt. Auch der Fall von Selnj wird baldig erwartet.

U. S. Warschau, 1. September.

Antilager Heeresbericht vom 31. August. Auf dem Nord-Ost rücken unsere Truppen ohne feindlichen Widerstand vor. In den Kämpfen, die durch die Eroberung von Grodno geführt wurden, haben unsere Abteilungen rund 1000 Gefangene und beträchtliche Beute gemacht. Am 31. August besetzten wir Hajnowka. Detschik von Cholm wurden feindliche Truppen konzentriert, die die Angriffe Bubjennys unterstützen sollten. Sie griffen unsere Stellungen in den Abhängen von Dabzella und Moniatzka an. Die Angriffe wurden mit großen Verlusten für den Feind abgewehrt. Der Angriff Bubjennys im Raume von Zamolo ist weiterhin auf entschiedenen Widerstand unserer Abteilungen. Ja-

moja wurde zwar eingekreist, doch verteidigte die heldenmütige Besatzung die Stadt und brachte dem Feind schwere Verluste bei. Feindliche Abteilungen, die gegen Grodnowitz marschierten, wurden nach blutigem Kampf von zwei Legionären-Divisionen nach Süden abgedrängt. Durch unsere Hilfstruppen, die im Rücken der Armee Bubjennys operieren, wird dieser in seiner Initiative stark behindert. Diesen Truppen gelang es, einen bedeutenden Teil des feindlichen Terrains abzuschneiden.

Das Militärabkommen zwischen Belgien und Frankreich

Die französische Presse erfährt aus Brüssel, daß die belgische Regierung gestern den Brief, in welchem Millerand das Militärabkommen mit Belgien genehmigt, erhalten hat. Sobald der Empfang des Briefes von der belgischen Regierung bestätigt worden ist, tritt das Abkommen in Wirkung. Es wird ferner gemeldet, daß der Wortlaut des Abkommens nicht veröffentlicht werden wird, da man der Ansicht ist, daß es unzulässig sei, daß der Feind gegen den das Abkommen beschlossen wurde, davon Kenntnis erhalten soll.

Der Streik in Württemberg

Stuttgart, 31. August.

Die Streiklage war am Dienstag unverändert. Versuche der Streikenden, die Eisenbahnen auf ihre Seite zu bringen, blieben erfolglos. Anschläge gegen die Eisenbahnen an verschiedenen Orten des Landes wurden noch rechtzeitig vereitelt, ebenso Versuche der Streikenden, Reisende am Betreten von Bahnhöfen zu verhindern. In Ulm hat eine geheime Abstimmung in sämtlichen Betrieben eine große Mehrheit gegen den Streik ergeben. In einer Volksversammlung der Betriebsräte Stuttgarts am Dienstag nachmittag wurde beschlossen, sich dem Streik abzusagen zu unterwerfen, und die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Betrieben zu verlangen. Die Regierung wird die Volkshilfe erst dann aus den besetzten Betrieben zurückziehen, wenn die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die am Abend wieder aufgenommen wurden, über die strittigen Fragen zu einem Ergebnis geführt haben, und die Gewähr vorhanden ist, daß die öffentliche Ruhe nicht mehr gefährdet wird.

Wenn die Regierung sich weigert, die Truppen aus den Betrieben zurückzuziehen, so beharrt sie bei ihrem unerhörten Eingriff in das Selbstbestimmungs- und Streikrecht der Arbeiter. Darum geht heute der Kampf nicht um den Streik, sondern um die Freiheit der Arbeiter. Es handelt sich um eine von der Staatsgewalt veranlaßte Aussperrung, ein Verfahren, das unerhört zu nennen ist. Beharrt die Regierung dabei, so wird sie den Widerstand der Arbeiterklasse nur steigern.

Unsicherheit in Oberschlesien

U. S. Beuthen, 1. September.

Die Ereignisse der letzten Wochen wirken gegenwärtig in einer allgemeinen Unsicherheit und den täglichen Verdröhen nach. So wurden gestern im Hindenburgkreise drei Landjäger auf einer Streife angehalten und erschossen. Ein Rechnungsführer und ein Lehrer aus Kattowitz wurden gestern verschleppt. Der Aufenthaltsort ist noch unbekannt. Auf den meisten Bahnhöfen, besonders in Kattowitz, wird seitens der französischen Truppen eine äußerst strenge Kontrolle und Waffendurchsuchung vorgenommen. Die Kattowitzer Morgenzeitung ist nach einseitiger Freigabe wieder verboten worden. Die Durchsuchung des Volkshilfsbüros in Kattowitz wird heute von internationaler Seite auf ein Versehen zurückgeführt. Im Kattowitzer Kreise ist es ruhig, der Postdienst befindet sich jedoch in den Landgemeinden fast durchweg in den Händen der Polen. Eine Grenzkontrolle besteht nicht mehr. Die Grenze ist vollkommen offen. In den Städten steht man bereits die blaue Abtunungspolizei in der Uniform der Sicherheitspolizei mit den blauen Aufschlägen. Die Entschädigungsansprüche werden in großer Zahl eingereicht. Die Polen fordern von der Stadt Kattowitz vier Millionen als Buße, zu der nur die deutschgesinnten Bewohner herangezogen werden sollen.

Die Regierungsbildung in Thüringen

Die Landeskonferenz der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Thüringen hat zur Frage der Regierungsbildung folgenden Beschluß gefaßt:

Die Landeskonferenz billigt die Haltung der Thüringer Landtagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung. Sie hält auch für die Zukunft an der Erklärung der Fraktion im Thüringer Landtag und an den von ihr für ihre Beteiligung an der Regierung gestellten Richtlinien fest. Sie fordert für den Fall, daß auch in der nächsten Tagung des Landtags eine Regierung nicht zustande kommt, die sofortige Auflösung des Landtags und die Vornahme von Neuwahlen.

Wir haben die Bedingungen, von deren Erfüllung unsere Genossen ihren Eintritt in die Regierung abhängig machen, veröffentlicht. Während die Rechtssozialisten ihnen zugestimmt hatten, scheiterte die Regierungsbildung am Widerstand der Demokraten. Es wird sich zeigen, welche Haltung diese Parteien zu der Aufrechterhaltung der Bedingungen unserer Partei in Thüringen einnehmen.

